

2/511-47/ME  
1 von 2**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION**

1014 Wien, Herrngasse 11—13

Parteienverkehr Dienstag 8 bis 12 Uhr  
und 16 — 19 UhrAmt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und SozialesStubenring 1  
1010 Wien

LAD-VD-9321/24

Beilagen

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug

20.616/1-2/87

Bearbeiter

Dr. Grüner

(0 22 2) 531 10 Durchwahl

2152

Datum

24. Sep. 1987

Betrifft

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, 13. Novelle, Begutach-  
tungsverfahren; Stellungnahme

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundesge-  
setzes, mit dem das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geän-  
dert werden soll (13. Novelle zum GSVG) wie folgt Stellung zu  
nehmen:

Was die im Art. I Z. 5 (§ 25a Abs. 1) vorgesehene Regelung be-  
trifft, so hat die NÖ Landesregierung bereits in ihrer Stellung-  
nahme vom 17. September 1986, LAD-VD-9321/21, darauf hingewiesen,  
daß die hier vorgesehene Regelung über die Nachbemessung der  
Beiträge vom Gleichheitsgrundsatz her bedenklich ist.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen bei einer Reduzierung  
des Bundesbeitrages von 100,5 % auf 100,2 % und einer gleich-  
zeitigen Streichung der Liquiditätsreserve wird auf die Argumente  
verwiesen, die die NÖ Landesregierung in ihrer Stellungnahme zur  
geplanten 44. ASVG-Novelle vorgebracht hat.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen  
dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung  
L u d w i g  
Landeshauptmann

- 2 -

LAD-VD-9321/24

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen  
(zu Handen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung  
L u d w i g  
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

